

- allgemeine sozialpolitik
- alterssicherung/betriebliche altersvorsorge
- altersteilzeit/teilzeit
- arbeitsmarktpolitik
- arbeits- und gesundheitsschutzpolitik
- behindertenpolitik
- gesundheitspolitik
- soziale selbstverwaltung/sozialwahlen

Rente mit 67? – Nein Danke! Weniger Rente – Nein Danke!

Das geht besser!

Die Renten werden nicht gekürzt – das wurde und wird uns Tag für Tag von der Politik vorgegaukelt. Fakt ist aber, dass mit der neuesten Rentenreform, dem „RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ genau dies geschieht. Fakt ist, dass für die heute Erwerbstätigen dann, wenn sich der Arbeitsmarkt nicht wesentlich ändert, die „Rente mit 67“ nichts anderes ist als eine verkappte Rentenkürzung. Fakt ist auch, dass Nullrunden über Jahre für Rentnerinnen und Rentner Kürzungen bedeuten.

Fakt: Ältere sind häufiger arbeitslos! Die Arbeitslosenquote Älterer liegt deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt. Nur knapp 30% der 55- bis 64-Jährigen sind noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Fazit: Rente mit 67 wird dazu führen, dass Ältere länger arbeitslos sind. Das führt zu Altersarmut!

Fakt: Ältere sind länger arbeitslos! Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist hoch. Rund 55% der 55- bis 64-Jährigen zählen zu den Langzeitarbeitslosen. Bei den unter 50-Jährigen sind dies rd. 40%.

Fakt: Arbeitgeber sind selten bereit, Älteren eine Chance zu geben! Nur etwa die Hälfte der Betriebe ist laut IAB-Studie bedingungslos bereit, Ältere einzustellen. 16% sind dazu überhaupt nicht bereit, 20% nur mit Lohnkostenzuschüsse, 15% nur befristet oder in Teilzeit.

Fazit: Wir brauchen mehr Arbeit für Ältere statt Rente mit 67! Die Initiative „50plus“ reicht dazu nicht aus!

Fakt: Arbeit macht immer öfter krank! Die körperlichen und die psychischen Belastungen steigen. Wenn sich immer weniger Beschäftigte krank melden, ist das Folge der Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren – nichts anderes! Krankheitsbedingte Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit kosten jedes Jahr rd. 40 Mrd. Euro.

Fazit: Das geht auch anders – durch verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben. Wir brauchen Arbeit, die nicht krank macht, statt Rente mit 67!

Fakt: Rente mit 67 zieht ein Anheben anderer Renten wie z.B. der „**Altersrente für schwerbehinderte Menschen**“ nach sich. Für die Jahrgänge 1952–1963 werden die Altersgrenzen stufenweise angehoben. Ab 1964 geborene Schwerbehinderte können dann abschlagsfrei erst ab 65 und mit max. 10,8 % Abschlag mit 62 Jahren in Rente gehen.

Fazit: Schwerbehinderte Beschäftigte, die im Berufsleben mit vielen Benachteiligungen zu kämpfen haben, werden so doppelt benachteiligt! Das darf nicht sein!

Fakt: Rente mit 67 bewirkt auch, dass die ab 1950 geborenen **langjährig Versicherten** nicht mehr mit 62, sondern erst mit 63 Jahren in diese Rente gehen können.

Fazit: Viele Versicherte haben sich darauf verlassen und ihre Rente mit 62 geplant. Dieses Vertrauen muss geschützt werden!

Fakt: Rente mit 67 heißt auch Verschlechterungen bei den Erwerbsminderungsrenten (EM-Renten)!

Fazit: Wer nicht mehr arbeiten kann und erwerbsgemindert wird, muss sich darauf verlassen können, dass er eine EM-Rente ohne Nachteile in Anspruch nehmen kann!

Fakt: Versicherte mit mindestens 45 Versicherungsjahren können die neue „Altersrente für besonders langjährig Versicherte“ mit 65 abschlagsfrei in Anspruch nehmen. Zeiten von Alg I und Alg II zählen dabei nicht.

Fazit: Die Auswertung des Rentenzugangs des Jahres 2004 ergab, dass über 90 % der Frauen

und rund drei Viertel der Männer diese Rente **nicht** in Anspruch nehmen können. Diejenigen, die nichts von dieser Rente haben, müssen sie aber mitfinanzieren! Das diskriminiert insbesondere Frauen!

Das geht besser! – Alternativen zur Rente mit 67:

- Der Arbeitsmarkt muss fit gemacht werden für sozial abgesicherte und gerecht entlohnte Beschäftigungen für Ältere!
- Unser Vorschlag einer Erwerbstätigenversicherung muss umgesetzt werden!
- Menschen in schwer belastenden Tätigkeiten oder z.B. nach einem Unfall erreichen oftmals auch bei guten Arbeitsbedingungen die Altersrente nicht. Für diese Beschäftigten müssen die Zugangsvoraussetzungen bei den EM-Renten verbessert werden!
- Regelungen zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in die Rente müssen flächendeckend geschaffen werden!

Weitere ausführliche Infos bei www.sopo.verdi.de

Herausgeber:

ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Ressort 12, Bereich Sozialpolitik/Gesundheitspolitik

Christian Zahn
Mitglied des Bundesvorstandes

Redaktion:
Judith Kerschbaumer
Bereichsleiterin Sozialpolitik/Gesundheitspolitik